Ressort: Finanzen

Ökonomen fordern höheren Beitrag von Vermögenden bei Euro-Rettung

Berlin, 14.04.2013, 09:16 Uhr

GDN - Führende Ökonomen sind davon überzeugt, dass die Euro-Krisenstaaten einen höheren Eigenbeitrag zur Sanierung ihrer Staatsfinanzen leisten müssen: Nach Meinung des Wirtschaftsweisen Peter Bofinger sollten vor allem Vermögende stärker zur Kasse gebeten werden. Im Nachrichten-Magazin "Der Spiegel" rät der Volkswirt den Regierungen Südeuropas zu einer Vermögensabgabe: "Die Reichen müssen dann zum Beispiel binnen zehn Jahren einen Teil ihres Vermögens abgeben."

Bofinger ist überzeugt, dass eine Vermögensabgabe deutlich besser geeignet ist als die Beteiligung von Sparern – wie zuletzt bei der Rettung Zyperns geschehen: "Findige Reiche aus Südeuropa schaffen ihr Geld doch zu den Banken in Nordeuropa und entziehen sich damit dem Zugriff." Hintergrund der Forderung ist der Vermögensbericht der Europäischen Zentralbank (EZB), der in der vergangenen Woche veröffentlicht wurde. Demnach verfügen die Haushalte in den Euro-Krisenstaaten im Schnitt über deutlich höhere Vermögen als die Deutschen. Die Ergebnisse der Studie bestätigen nach Meinung des Wirtschaftsweisen Lars Feld den Kurs der Bundesregierung: "Es zeigt sich, dass Deutschland mit seinen harten Auflagen für die Euro-Rettungsgelder recht hat." Schließlich bekommen die überschuldeten Staaten die Milliarden aus dem Rettungsfonds nur bei entsprechenden Gegenleistungen. "Wenn es die Steuergesetze nicht mehr nur auf dem Papier gibt, kann selbst Griechenland die Zweifel an der Tragfähigkeit seiner Schulden ausräumen", so Feld. Für den Brüsseler Ökonomen Guntram Wolff geben die Daten nicht nur eine Antwort auf die Frage, wer in Südeuropa die Krisenrechnung zahlen sollte: "Es wird einmal mehr deutlich, wie ungerecht das Vermögen auch in Deutschland verteilt ist." Deshalb sollten auch die deutschen Krisenkosten von den Vermögenden getragen werden. "Die Euro-Rettung wäre vollends ad absurdum geführt, wenn am Ende der vergleichsweise arme deutsche Durchschnittshaushalt den griechischen Superreichen vor höheren Steuern bewahrt."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-11836/oekonomen-fordern-hoeheren-beitrag-von-vermoegenden-bei-euro-rettung.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619